

An die Vorsitzende des  
Stadtentwicklungsausschusses  
Frau Birgit Gordes

Herrn Oberbürgermeister  
Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 28.09.2015

**AN/1475/2015**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Stadtentwicklungsausschuss	01.10.2015

**Anfrage zu TOP 10.1 zur Vorlage 0475/2015: Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplans und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verwaltung wird gebeten, zur Vorbereitung der des Aufstellungsbeschlusses folgende Fragen zu beantworten

- 1) Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung ohne Ausweitung des Planungsgebietes und mit einer Reduktion der Wohnbaufläche die benötigten Wohneinheiten von ca. 80 – 100 Einheiten zu realisieren?**

Zur Erläuterung:

Der neu entstehende Ortsrand soll eine sinnvolle Arrondierung des Ortes Lind darstellen. Die Verwaltung wird gebeten, im Plangebiet 77359/04 (ohne Ausweitung) den Siedlungs- und Ortsrand in Form einer Grünfläche unter Verzicht auf Wohnbauflächen darzustellen. Dabei soll die Wohnbaufläche reduziert werden, damit auch weiterhin eine Grünfläche an dieser Stelle erhalten bleibt. Die reduzierte Wohnbaufläche soll entsprechend verdichtet werden, damit die Anzahl der dringend benötigten Wohneinheiten nicht reduziert wird. Es soll dargestellt werden, welche Dichten an dieser Stelle stadtraumverträglich sind.

- 2) Die Verwaltung schlägt eine Ausweitung des Planungsgebietes vor. Welche mittel- und langfristigen Bedarfe an Grundschulplätzen besteht in Wahn, Wahnheide und Lind?**

Zur Erläuterung: Die Verwaltung schlägt vor, das Planungsgebiet 77359/04 auf die nördlich der Nibelungenstraße liegende landwirtschaftliche Fläche, Gemarkung Lind, Flur 5, Flurstück 208 mit dem Zweck eines neuen Standorts für einen Grundschulneubaus auszuweiten.

Die Antwort soll auch in den Schulausschuss gegeben werden.

**3) Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung den Grundschulstandort in das nicht ausgeweitete Planungsgebiet zu integrieren?**

Zur Erläuterung: Die Verwaltung soll darstellen, wie sowohl Wohnungsbau wie auch ein Schulstandort auf dem Planungsgebiet realisiert werden können. Es soll zudem dargestellt werden, welche Dichten der Wohnungsbau in so einer Kombination stadträumlich verträglich sind.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Jörg Frank  
Grüne-Fraktionsgeschäftsführer